

Wahlprüfsteine 2019 zur Europawahl

Fragen Netzwerk Grundeinkommen gemäß E-Mail-Nachricht vom 31.03.2019

Antworten Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen (Volksabstimmung)

1. Hat Ihre Partei die Forderung nach einem Grundeinkommen gemäß o. g. Definition in ihr Programm zur Wahl des Europäischen Parlaments aufgenommen? (Bitte mit Angabe des konkreten Textes und des Links zur Quelle)

Antwort: Die „Volksabstimmung“ schlägt zur Volksabstimmung vor, Pensionen und Renten gleichzubehandeln und eine Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung einzuführen (siehe Wahlaussagen und Vorschläge für Volksabstimmungen anbei).

2. Wie steht Ihre Partei zu der mit großer Mehrheit und von Mitgliedern aller Fraktionen im Europäischen Parlament beschlossenen Forderung, „zu prüfen, wie verschiedene Modelle bedingungsloser und der Armut vorbeugender Grundeinkommen für alle zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Eingliederung beitragen könnten, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass sie nicht stigmatisierend wirken und geeignet sind, Fälle von verschleierter Armut zu vermeiden“? (vgl. Ziffer 44 in der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 20. Oktober 2010 zu der Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung der Armut und die Förderung einer integrativen Gesellschaft in Europa ([2010/2039\(INI\)](#)))

Antwort: Die „Volksabstimmung“ fordert die gleichzeitige Einführung eines solchen Grundeinkommens in gleicher Höhe in allen Ländern, um eine millionenfache Massenbewegung von Menschen in die EU oder einzelne Mitgliedsstaaten zu vermeiden.

3. Welche konkreten Initiativen haben Ihre Partei und die Mitglieder Ihrer Partei im Europäischen Parlament und in dem Deutschen Bundestag zur Umsetzung dieses Prüfauftrages in der Vergangenheit ergriffen? Welche konkreten politischen Initiativen hat Ihre Partei geplant, um die Bundesregierung Deutschland zur Umsetzung des Prüfauftrages zu bewegen?

Antwort: Die „Volksabstimmung“ ist leider bisher nicht in Parlamenten vertreten, weist aber bei jeder Gelegenheit darauf hin, dass sich der Anspruch auf das unantastbare Menschenwürdeminimum bereits heute aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) v. 16.12.1966 ergibt:

„Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhenden Zusammenarbeit an.“

4. Über 238 namhafte Wissenschaftler*innen aus 28 EU-Mitgliedsstaaten richteten mit einem [offenen Brief](#) einen Appell an die EU: „Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden.“ Darin fordern sie auch ein Grundeinkommen.

Welche konkreten Aktivitäten und Initiativen plant Ihre Partei, um auf EU-Ebene die Einführung des Grundeinkommens gemäß o. g. Definition in den EU-Mitgliedsstaaten zu befördern?

Antwort: Die „Volksabstimmung“ wird eine Volksabstimmung über die Gleichbehandlung von Pensionen und Renten einleiten und Maßnahmen der EU zur gleichzeitigen weltweiten Einführung eines gleich hohen Grundeinkommens anregen.

5. Welche Schritte hin zum Grundeinkommen haben Sie in Ihrem Wahlprogramm für die Europawahl 2019 aufgeführt?

Antwort „Volksabstimmung“: Gleichbehandlung von Pensionen und Renten (siehe Wahlaussagen und Vorschläge für Volksabstimmungen anbei).